

mittendrin

Ausgabe 06 / 2021 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Frischer Wind für das Rathaus Mitte

Christoph Keller kandidiert für das Bürgermeisteramt

Christoph Keller kann mit Selbstvertrauen und Überzeugungskraft von sich sagen, dass er sich seit Jahren fleißig, tiefgründig und allseitig darauf vorbereitet, ein guter Bürgermeister für Berlin-Mitte zu werden. Der 34-jährige schärfte schon im Schüleraustausch in Iowa an einer Highschool seinen Blick auf Politik und Europa und sein Ziel, Europa-Wissenschaften zu studieren. Nach dem Abitur in Kleinmachnow holte er sich an der Universität Süddänemark in Sonderborg den Bachelor, an der Uni in Maastricht den Master. In Prag perfektionierte er sein gewonnenes Wissen im EU-Erasmus-Austauschprogramm. „Master of European Studies“ wurde er schließlich im postgradualen Studienprogramm der drei Berliner Universitäten. Ein imposantes Bildungspaket. Doch statt nach Brüssel zu gehen, hat sich Christoph für Politik näher am Menschen entschieden.

„Als ich in der 10. Klasse gefragt wurde, was ich einmal werden möchte, sagte ich prompt Abgeordneter im Landtag Brandenburg“, erinnert sich der 1986 in Potsdam geborene und in Teltow aufgewachsene Sohn einer Lehrerin und eines Lehrers. „Ins Wirtschafts- und Europa-Ministerium dieses Bundeslandes stieg ich während des Studiums erstmal als Praktikant ein, konnte mich live mit Verwaltungsaufgaben beschäftigen.“ Als Zeitarbeiter bei der Berliner Vertretung der Europäischen Kommission schrieb er den Jahresbericht von 2014 und begleitete verschiedene EU-Kommissare bei Terminen. Weitere



Christoph Keller

wichtige Erfahrungen konnte er in Sachen politische Kommunikation bei der kreativen Werbeagentur „Scholz & Friends“ sammeln wie auch bei einem Callcenter zur Akquise für große Tageszeitungen. „Aber auch die Wochen als vorübergehender Hartz IV-Empfänger waren keinesfalls umsonst, lernte ich doch so Herausforderungen Erwerbsloser, inklusive Fortbildungsmaßnahmen, kennen“.

Seit 2017 ist nun Christoph Keller, der mit seiner Partnerin im Wedding wohnt, im Bezirksamt Lichtenberg als Referent der Stadträtin für Familie, Jugend, Gesundheit und Bürgerdienste Katrin Framke (parteilos für DIE LINKE) tätig. „Durch die Erkrankung meiner Chefin obliegt es mir seit längerer Zeit, mit dem Bezirksbürgermeister und den

Stadträten anderer Parteien eng zusammenzuwirken, auch von ihnen zu lernen“, erklärt das Mitglied der Partei DIE LINKE. „Das brachte mich zur Überzeugung, dass man im Bezirksamt miteinander - sozusagen als Kollegialorgan -, nicht gegeneinander arbeiten, gemeinsame Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger finden sollte. Das wäre für mich ein Grundprinzip als zukünftiger Bürgermeister in Mitte. „Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, dass die Mitglieder des Bezirksamtes, die sich bisher auf die drei Rathäuser von Tiergarten, Wedding und Mitte verteilen, zukünftig in einem Gebäude arbeiten und damit die Wege

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

ENDSPURT!

Wir haben nur noch bis zum 25. Juni Zeit!

Unterstützt das Volksbegehren zur Enteignung großer privater Wohnungsbaukonzerne!

Wir brauchen 170.000 gültige Unterschriften! Helft mit beim Sammeln!

Unterschriftenlisten können im Karl-Liebknecht-Haus empfangen werden!

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Mitte feiert den Internationalen Vätertag

Der Internationale Vätertag wird seit über 100 Jahren in vielen Ländern der Welt an jedem dritten Sonntag im Juni gefeiert. Jetzt feiern wir auch in Mitte!

Das vorherrschende Rollenverständnis des Vaters hat sich in unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Auch wenn die Chancenangleichung von Männern und Frauen noch nicht vollständig erreicht ist, so sind wir gesellschaftlich dennoch einige wichtige Schritte gegangen: Es ist selbstverständlicher geworden, dass auch Väter Elternzeit nehmen. Die Erziehung der Kinder ist nicht mehr nur Aufgabe der Frauen und das ist gut so! Gleichzeitig erleben wir gerade junge Väter, die Verantwortung übernehmen wollen, aber nicht wissen wie. Das eigene Aufwachsen in Elternhäusern, die eher tradierte Rollenvorstellungen weitergeben haben, kommt mitunter erschwerend hinzu. Hier hat die Kinder- und Jugendhilfe den Auftrag, Orientierung und Unterstützung anzubieten. Dieser Auftrag spiegelt sich unter anderem auch im neuen Familienfördergesetz wider, das Väter als eine wichtige Zielgruppe

herausstellt. Natürlich stehen familienfördernde Angebote allen Eltern mit jeglichen Geschlechteridentitäten offen. Es zeigt sich jedoch, dass Väter seltener Angebote, zum Beispiel in den 14 Familienzentren, nutzen. Hier muss sowohl in den Angebotsformaten, der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch in den Zugängen für Väter gearbeitet werden.

Aus diesem Grund fördert das Jugendamt Mitte seit Beginn dieses Jahres das sogenannte „Väterlotsenprojekt Mitte“. Der Väterlotse ist Ansprechpartner, Vermittler und Wegweiser für Väter. Er begleitet Träger der Familienunterstützung darin, Angebote für Väter ansprechender zu gestalten und zu bewerben. Dafür wurde das Netzwerk „Väterarbeit in Mitte“ gegründet.

Dieses Netzwerk organisiert dieses Jahr anlässlich des Internationalen Vätertages Veranstaltungen und Feste im ganzen Bezirk. Vom 18. bis zum 20. Juni erwarten die Familien in unserem Bezirk viele kreative Aktionen, Spiele und gemeinsames Grillen. Natürlich ist die ganze Familie von Klein bis Groß herzlich eingeladen.



DIE LINKE – Stadträtin Ramona Reiser

Weitere Informationen über die Väterlotsen in Mitte und den Internationalen Vätertag gibt es hier:

www.vaeterzentrum-berlin.de/vaeterlotse

Ramona Reiser, Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

Aus der BVV

SPD, CDU und FDP höhlen Wohnraumzweckentfremdungsverbot in BVV aus

Am 27.05. fand die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte wieder als Videoversammlung statt, um die Sicherheit der Verordneten aufgrund der Pandemielage zu gewährleisten.

In dieser BVV konnte die Linksfraktion Anträge zur Unterstützung des geplanten Heilandskirchen-Cafés, zum Interessenbekundungsverfahren zum Café Leo, zu Open Air Kunst und Kultur, zur Hilfe für das Haus der Weisheit und für reale Verbesserungen im Nikolaiviertel durchsetzen.

Ein weiterer Antrag der Linksfraktion wurde leider auf Betreiben der SPD nicht sofort beschlossen, sondern erst in den Stadtentwicklungsausschuss geschoben. Falls er dort wieder rauskommt, könnte es dann jedoch zu spät sein.

Die Linksfraktion hat beantragt, dass das Wohngebäude in der Seydlitzstr. 21 nur

abgerissen werden darf, wenn dafür Ersatzwohnraum in entsprechender Größe und zu



Rathaus Mitte

maximal 7,92€/qm geschaffen wird. Sollte das Bezirksamt dies nicht zur Bedingung machen, kann hier nämlich ein Präzedenzfall

geschaffen werden, mit dem das Zweckentfremdungsverbotsgesetz ausgehöhlt wird. Die Konsequenz daraus wäre, dass immer mehr Immobilieneigentümer günstigen Wohnraum zu Gunsten von Luxusapartments abreißen könnten, ohne für Ersatz sorgen zu müssen.

Durch das Verschieben in den Ausschuss, wie es die SPD in der BVV beantragt hat, kann es nun sein, dass das Bezirksamt die Abrissgenehmigung ohne Auflage erteilt und genau das passiert. Damit wird den Mieter:innen Berlins erheblicher, langanhaltender Schaden zugefügt.

**Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE
in der BVV von Berlin-Mitte**

Alle ausführlichen Informationen gibt es auf www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Wahlkampf 2021 – mit Abstand erfolgreich

Der Wahlkampf um die Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen 2021 hat bereits begonnen. Als LINKE in Mitte haben wir gute Chancen, mit Martin Neise den Direktkandidaten für den Bundestag zu stellen und mindestens vier Abgeordnetenhauswahlkreise ebenfalls direkt zu holen. Darüber hinaus kämpfen wir mit Christoph Keller um den Bürgermeisterposten im Bezirk.

Aber wie führt man eigentlich Wahlkampf in einer Pandemie? Zuallererst muss gesagt werden: Die Zahlen sinken aktuell zwar – das ist jedoch kein Grund, die Maßnahmen weniger ernst zu nehmen. Wir möchten uns verantwortungsbewusst und solidarisch zeigen, sprich: Abstand halten und Maske tragen. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass wir nicht trotzdem mit den Menschen ins Gespräch kommen. Zum einen ist der Haustürwahlkampf schon fest im Gange. Unsere Teams haben bisher bereits an über 4.000 Türen geklopft – und diese Zahl soll noch einmal mindestens verdoppelt werden. Dabei gehen wir in die Kieze, in denen die Wahlbeteiligung bei den vergangenen Wahlen gering war. Denn wer wenig Geld hat, geht seltener wählen und hat dadurch weniger Mitbestimmungsrecht. Das ist ungerecht und wir möchten das ändern! Wir wollen die Menschen dazu ermuntern, für ihre Interessen einzutreten. Viele Menschen sind derzeit einsam. Daher sind viele dankbar, wenn wir zu ihnen kommen und ihnen zuhören.

Darüber hinaus ist die zweite Sammelphase für Deutsche Wohnen & Co. enteignen zwar fast vorbei, aber dennoch möchten wir hier



Haustürwahlkampf in Mitte

noch einmal in die Vollen gehen. Die Eigentumsverhältnisse hier sind ungerecht und wir haben einen Plan, das zu ändern. Gemeinsam mit der Kampagne sammeln wir insgesamt 250.000 Unterschriften und werden nach Ende der Sammelphase auch weiterhin mit der Eigentumsfrage in den Wahlkampf gehen.

Eine Besonderheit in diesem Jahr ist, dass die Briefwahl eine deutlich größere Rolle spielen wird als in den Jahren zuvor – bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wählten erstmals mehr als 50 Prozent der

Wähler:innen per Briefwahl. Wir werden also gerade ältere Anwohnerinnen und Anwohner unterstützen, die Briefwahlunterlagen zu beantragen und bereits Mitte August als eine Hochphase des Wahlkampfes betrachten.

Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Gesundheit und gute Bildung für alle – all das sind Themen, für die es sich lohnt, zu kämpfen. Packen wir es also an. Denn nur mit einer starken LINKEN machen wir das Land gerecht!

Martha Kleedörfer,
Co-Vorsitzende des Bezirksvorstandes

Fortsetzung von Seite 1: Frischer Wind für das Rathaus Mitte

zwischen den einzelnen Stadträtinnen und -räten und ihren Abteilungen verkürzt und effektiver werden.“

Zu den Prioritäten auf seiner Liste der Vorhaben als neu gewählter Bezirksbürgermeister gehört zuallererst der konsequente Ausbau der Kitas und Schulen. „40 Prozent der Kinder in unserem Bezirk leben unter der Armutsgrenze, brauchen dringend bessere Bildungs- und Integrationsbedingungen“, betont er. „Auch die Radfahrerinnen und Radfahrer sollen sich auf mich verlassen können, dass ich mich selbstverständlich für die versprochenen Radwege einsetze, so in der Müller- und in der Leipziger Straße. Das ‚Café Leo‘ auf dem Leopoldplatz muss erhalten

bleiben, das Haus der Weisheit braucht eine dauerhafte Perspektive. Und auch sonst ist es Aufgabe des Bezirks, Orte im öffentlichen Raum zum Treffen und für ein soziales Miteinander zu schaffen.“ Grundlage für eine gute Arbeit der Bezirke sei eine ausreichende Finanzierung über das Land, für die er sich gemeinsam mit den linken Abgeordneten im Landesparlament stark machen will. Die Pandemiekosten dürften nicht auf die Kommunalverwaltungen abgewälzt werden.

Knapp vier Monate vor dem Wahltag am 26. September steht Christoph Keller mit seinem Team vor allem junger Mitstreiterinnen und Mitstreiter inmitten des Wahlkampfes. „Ich will der Bürgermeister unseres Bezirkes

Mitte werden“, erklärt er selbstbewusst. Als bisheriger Bürgerdeputierter und Sprecher der Stadtteilvertretung Müllerstraße stellt er sich auf Kundgebungen den Menschen vor, diskutiert leidenschaftlich bei Haustürgesprächen und an Infoständen und nimmt an Stadtpaziergängen teil, um alle Straßen und Ecken seines zukünftigen Wirkungsbereiches genau kennenzulernen. Dafür hält sich Christoph fit, joggt mehrmals die Woche durch die Stadt. Sobald es Corona wieder zulässt, spielt er Volleyball beim BFC Preussen Berlin. Nach der Wahl muss es Satzball heißen, Punkt und Sieg für Christoph Keller als Bezirksbürgermeister von Mitte!

Matthias Herold

Weddinger Maxgärten sollen bezahlbar bleiben

184 verkaufte Wohnungen liegen im Milieuschutzgebiet

Der Häuseraufkäufer MÄHREN AG hat wieder zugeschlagen – diesmal im Weddinger Milieuschutzgebiet. Das bedeutet für die betroffenen Mieter:innen die Befürchtung, später aus den Wohnungen verdrängt zu werden. Sie haben die Ausübung des Vorkaufsrechts durch den Bezirk gefordert, falls der Käufer keine Abwendungsvereinbarung akzeptiert.

Die Mähren AG hatte bereits für Häuser in Neukölln, die auch zu dem 60-Millionen-Paket gehören, eine sogenannte Abwendungs-erklärung (AV) unterzeichnet. Jetzt musste die AG auch für die Weddinger Häuser eine AV vereinbaren. Darin wird in der Regel festgelegt, dass keine Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen stattfinden. Des Weiteren kommen dann noch Verein-



Die Maxgärten im Wedding, Maxstraße 4a bis 4m

Die 1989 errichteten Maxgärten in der Maxstraße 4a bis 4m sowie die Wohnungen Reinickendorfer Str. 81 und 83 bis 87 gehören zu einem größeren Paket, das nach eigenen Angaben für rund 60 Millionen Euro an die Mähren AG verkauft worden ist. Insgesamt plant der Gründer Jakob Mähren für 2021 ein Investitionsvolumen von 200 Millionen Euro.

Langfristig befürchten die Bewohner:innen ihre Gentrifizierung – die Sorge ist wohl nicht unberechtigt, denn die soziale Kompetenz des Gründers scheint nicht allzu weit zu reichen, kommentierte er doch schon vor einigen Jahren im Internetportal wallstreet:online die Forderungen des Mietenvolksentscheids so: „Ist es nicht unfair, dass sich nicht jeder, der sich ein iPhone kaufen möchte, auch tatsächlich ein iPhone leisten kann?“

Knapp 150 Mieter:innen aus der Max- und Reinickendorfer Straße, die vom letzten „Investitionspaket“ der Aktiengesellschaft betroffen sind, haben sich online getroffen, um sich ihrer Solidarität gegenüber den Methoden des Häuseraufkäufers zu versichern.

barungen zum Verzicht auf besonders teure Modernisierungen mit dazu. Eine AV gilt maximal 20 Jahre und mindestens für den Zeitraum des Bestehens des Milieuschutzgebietes. Die Mieter:innen haben das Recht, die AV einzusehen. Das macht auch Sinn, weil die Mieter:innen sie ja kontrollieren müssen. Die ersten fünf Milieuschutzgebiete laufen bald aus, werden aber bestimmt verlängert, so dass die Mieter:innen vorerst geschützt bleiben.

Rainer Scholz

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Kurznachrichten

► 445 neue Straßenbäume in Mitte

445 Bäume – vor allem robuste Arten wie Ahorn, Stieleiche, Silberlinde, Feldahorn und Ulme – wurden laut einer Information des Straßen- und Grünflächenamtes 2020 in Mitte neu gepflanzt, 299 mussten gefällt werden. An den Straßen des Stadtbezirks stehen mehr als 26000 Bäume. Ihnen machen Hitze, Trockenheit, Schädlinge, Abgase und versiegelte Böden stark zu schaffen.

► Besondere Anerkennung für das Futurium

Für seinen „innovativen Ansatz für die Öffentlichkeit“ wurde das Futurium am Alexanderufer im Rahmen der Verleihung des „European Museum of the Year Awards“ mit einer „Special Commendation“, einer besonderen Anerkennung, gewürdigt. Es ist das einzige deutsche Museum, das diese Auszeichnung erhielt. „Mit seiner mutigen Architektur, dem schönen Design und den Exponaten mit vielfältigen Interaktionsmöglichkeiten bezieht es die Besucher aktiv in ein breites Themenspektrum ein und lädt sie ein, sich die Zukunft vorzustellen und zu diskutieren“, heißt es in der Begründung des European Museum Forum.

► Drohnen für die Bundeswehr

Seit Jahren kritisieren Menschenrechtsorganisationen den Einsatz sogenannter Killerdrohnen, die ferngesteuert eingesetzt werden und töten können. Derzeit debattiert der Deutsche Bundestag die Beschaffung von Eurodrohnen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung stellte dazu ihre aktuelle Studie „Der lange Weg zur Drohnenmacht – Unbemannte Systeme bei der Bundeswehr“ von Matthias Monroy vor. Die Bundeswehr streitet ab, die bewaffneten Drohnen zur gezielten Tötung von Menschen verwenden zu wollen. Dennoch geht die BRD mit dieser Entwicklung einen weiteren Schritt zu einer europäischen Drohnenmacht. Über Bewaffnung, Exporte und Verwendung könnte sie dann nur noch begrenzt mitbestimmen.

► Die falschen Versprechen der Umwandler

Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist keineswegs ein Mittel, um etwa jungen Familien das Wohneigentum zu ermöglichen. Stattdessen zeigen die Zahlen und Beispiele insbesondere aus Berlin, dass die Umwandlung zum Geschäftsmodell geworden ist, das dazu beiträgt, bezahlbaren Wohnraum zu vernichten – zulasten der Mieter:innen, aber auch von selbstnutzenden Käufer:innen, die überhöhte Preise durch lange Hypothekenzinsen bezahlen müssen.

Bei anderen gelesen

► Spiel mit dem Feuer

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wirbt für einen schnellen Beitritt seines Landes in die NATO. Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Da auch Russland und China imperiale Mächte sind, muss sich jeder Denkende die Frage stellen, wie lange das gut gehen kann. In Anbetracht der 27 Millionen Toten, die der Krieg Hitlers in der Sowjetunion zur Folge hatte, wäre es die Pflicht Deutschlands, sich der aggressiven US-Politik zu widersetzen. Das Gegenteil passiert. Die Kriegshetze gegenüber Russland und in zunehmendem Maße auch gegenüber China in Politik und Medien nimmt zu. Es wäre im Interesse von Deutschland und Europa, in dieser weltpolitischen Situation, eine vermittelnde Rolle zwischen USA und Russland sowie China einzunehmen. Wenn diese das nicht bald erkennen, gilt der Satz von Gorbatschow: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

RotFuchs, Mai 2021

► Der lange Marsch in die Zukunft

Vor 30 Jahren war China ein unterentwickeltes Land. Heute wird es im Westen als Bedrohung wahrgenommen. Die Europäische Union hat China zu einem „systematischen Rivalen“ erklärt. Vielleicht muss sich der Westen daran gewöhnen, dass China nicht auf Krieg aus ist, sondern auf Wohlstand, Fortschritt, Anerkennung und Respekt.

„Der Spiegel“, 22.05.2021

► Inklusion Fehlanzeige – Berlin sucht die Superbarrieren

Der Behindertensportverband hat Berlins schlimmste Barrieren prämiert. Den ersten Platz belegt ausgerechnet ein Blindenleitsystem vom Bundestag hinterm Paul-Löbe-Haus, das direkt auf einen großen Pfeiler führt, wo blinde Menschen landen. Beim Ausweichen gibt es zumindest eine 50-Prozent-Chance, nicht ins Wasser zu fallen. Doch auch die anderen zehn Barrieren wären schönste Berlin-Satire, wenn sie nicht Menschen ausschließen würden.

„Berliner Tagesspiegel“, Mai 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Menschen in Mitte

Persönliche Erfahrungen gegen Diskriminierung und Rassismus für die BVV!

Interview mit Samiulla Haidary, Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte

Sami, du bewirbst dich als Mitglied der Partei DIE LINKE mit Migrationshintergrund für einen Platz in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte. Wie bist du nach Berlin gekommen?

Ich komme aus Afghanistan und lebe seit 2013 in Deutschland, seit 2014 in Berlin. Aus Sicherheitsgründen musste ich mein Land verlassen, habe mein Studium für Wirtschaft und Recht unterbrochen. Meine Familie, ich habe vier Schwestern und vier Brüder, ist noch in Afghanistan. Der Berliner Senat hat mein Fachabitur anerkannt und so konnte ich 2019 eine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement erfolgreich beenden. Zuvor hatte ich ein Jahr lang intensiv die deutsche Sprache erlernt, dafür ein Stipendium der Otto Benecke Stiftung erhalten. Derzeit arbeite ich bei einem Verein als Office Manager.

Wie würdest du deine ersten Erfahrungen in Deutschland beschreiben? Wie wurdest du aufgenommen?

Nach meiner Ankunft in Deutschland war ich zuerst in Brandenburg in einer Gemeinschaftsunterkunft. Wenn man als Geflüchteter hierher kommt, wird einem nichts geschenkt, du musst dich bemühen und auch kämpfen. In Brandenburg waren viele ältere Menschen mir gegenüber verschlossen. In Berlin wurde das anders. Mit viel Glück habe ich sehr schnell ROTER STERN BERLIN 2012 e.V., einen politischen Sport- und Freizeitverein, kennengelernt, einen Verein, der sich für Antidiskriminierung und Antirassismus einsetzt. Damals waren wir nur 50, heute sind ca. 500 Menschen dort aktiv, ich spiele regelmäßig in der Fußball-Mannschaft. Ebenso engagiert bin ich in anderen Vereinen wie Campus Cosmopolis e.V., der das Zusammenleben von Geflüchteten und Einwohnern organisiert.

Wie bist du zur Partei DIE LINKE gekommen?

Beim ROTER STERN traf ich viele Genossinnen und Genossen. 2016 habe ich noch parteilos beim Wahlkampf geholfen, nahm an diversen Veranstaltungen teil. Aktives Mitglied bin ich seit 2018, seitdem auch



Samiulla Haidary

Bürgerdeputierter im Ausschuss Integration des Bezirksamtes Mitte. DIE LINKE steht für meine Vorstellungen von Gesellschaft, für die Werte, für die ich mich einsetze, für Integration, Partizipation, Mitgestaltungsrecht, als Mensch wahrgenommen zu werden. Ich wurde vor kurzem eingebürgert und habe das Recht, zu wählen und gewählt zu werden. Jetzt kandidiere ich für die nächste Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte. Nach meiner Wahl am 26. September möchte ich meine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse als geflüchteter Mensch aus Afghanistan einbringen. Berlin ist eine große Stadt, es ist wichtig, dass man seinen Beitrag leistet. Wir haben viel zu tun.

Das Interview mit Samiullah Haidary, 28, führte Sarah S. [Name geändert am 15.08.2023]

Es ist die alte Leier

Ist es neue Lebenslust, die ungeniert Straßen, Gewässer, Plätze, Biergärten, Parks, Restaurants, Dönerbuden und Cafés zurückerobert? Für die Draußengastronomie braucht's besseres Binnenklima, das denke ich, aber ich habe mir den Fuß vertreten, Spaziergänge entfallen, also lese ich und sehe fern, erfahre so, dass Mitte - meint das Wedding und Tiergarten - derzeit die höchste Corona-Inzidenz Berlins habe.

In Neukölln erklärten Politik und Medien das mit arm, migrantisch, kinderreich, arbeitslos, beengt wohnen, in Mitte schweigt man sich aus. Doch nicht nur Armut, auch Ober- und Mittelstand, WGs, Kleinfamilien, Singles gibts überall. In Altmitte bewirkte Bevölkerungsaustausch nach 1990, dass keine drei bis vier Generationen ums Eck, in einer Straße, einem Haus, gar einer Wohnung leben, enge verwandtschaftliche Nähe bietet hier der Wedding:

Eingewanderte Großeltern, hier aufgewachsene oder schon geborene Eltern, Tanten, Onkel, Berliner Söhne und Töchter, deren Kinder, Kindeskinde, Traditionen, Sprachen, herzige Wärme, Wangenküsse, Umarmungen, nachbarliches Füreinander, auch Streit und ungerecht verteilte Last. Unsereins findet in Wohnungsnähe

die Wahlverwandschaft. Die Pandemie zeigt, dass es kulturell und psychologisch fast unmöglich ist, sich längere Zeit aus-, ein- und abzugrenzen. In Altmitte ließ sich dabei mit Distanz und Zuversicht auch über politische Präferenzen, Radstraßen, Religionen, vermülltes Grün, Cafés, Restaurants, Tingtangel, Kino, Theater, Kunst, Clubs, den Lifestyle mit und ohne Kinder debattieren, die Ko-Existenz von Fahrrad und Fußgängern auf der Friedrichstraße war der Politik wichtig, Autoverbote, Holzbänke, Kräutertochbeete, kein Urban Gardening. In der öden Friedrichstraße hat sich das Flanieren für mich längst erledigt.

Pappbecher, Berliner Luft, nichts zu sehen - das gibt es auch anderswo. Ums Oranienburger Tor ist zumindest der Baulärm nicht zu überhören, sind Baustellen nicht zu übersehen, die Autos ausbremsen. Spahns Ministerium wird aufgestockt, am Durchgang zum Tacheles-Gelände sind viele Fenster eingebaut. Das pompöse Telegrafenturm ist heller geworden, Tschobans



Wirklich die ideale Lösung für die Friedrichstraße?

langes Gebäude in der Rosenthaler ergibt drei verschiedene Häuser.

Wenn dereinst Restaurants, Cafés, Läden und Fotomuseum öffnen, werde ich mich wohl immer noch fragen, weshalb Altmitte nichts gegen fehlgeschaltete Ampeln, zu wenig Haltestellen, WCs, Mülleimer und Fahrräder auf Bürgersteigen unternimmt.

Irene Runge

„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ zählt auf DIE LINKE

Kilian Weißer ist seit Januar Aktivist bei der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Kurz drauf ist er in die Basisorganisation (BO) Wedding der LINKEN eingetreten.

Kilian, wie kam es, dass du der LINKEN beigetreten bist?

Ich hab bei der Kampagne Deutsche Wohnen mitbekommen, dass im Kiezteam auch Leute von der LINKEN aus meiner direkten Nachbarschaft da aktiv sind. Ich hatte mir länger vorgenommen, in die LINKE einzutreten. Ich dachte mir, wenn ich jetzt hier aktiv bin und auch mit Leuten aus der Initiative hier, dann ist das jetzt auch der Punkt, wo ich mich in der Partei engagieren will.

Und warum DIE LINKE und nicht z.B. die Grünen oder die SPD?

Die SPD ist nicht konsequent genug. Da sind wirtschaftsliberale Vereinigungen dabei, die ich ablehne. Die Grünen vertreten in

ökologischer Hinsicht viele gute Sachen. Aber das Soziale fällt hinten runter. Für mich war klar, die LINKEN ist die glaubwürdige linke Partei, die parlamentarisch was bewegen kann.

Wie viele unserer Genoss:innen sind bei der Kampagne im Kiezteam Wedding mit dabei, würdest du schätzen?

Ich würde sagen, zehn Leute, die wirklich aktiv sind, plus die, die ab und zu mal sammeln.

Bezüglich „Deutsche Wohnen & Co.“ hast du dich ja explizit in einer Bewegung für Enteignung engagiert. Inwiefern glaubst du, ist die LINKEN für das Thema die richtige Partei?

Wenn es um die Wohnungsfrage geht, führt kein Weg an Enteignung vorbei. Eine nachhaltige soziale Wohnpolitik kann man nur betreiben, wenn ein Großteil der Wohnungen in staatlicher oder genossenschaftlicher Hand ist. Die SPD wird sich da nie so

richtig dahinter stellen können und auch die Grünen hab` ich da als zu zaghaft wahrgenommen. Bei der LINKEN habe ich immer das Gefühl, dass da von vornherein klar ist, dass man als Partei so eine Kampagne unterstützt.

In solchen Bewegungen gibt es ja oft Vorbehalte gegen Parteien. Wie wird im Kiezteam unsere BO-Mitarbeit wahrgenommen?

Das wird auf jeden Fall wertgeschätzt. Die Sammelstände, die die BO alle zwei Wochen organisiert, sind eine verlässliche Unterstützung der Kampagne. Weil wir uns darauf verlassen können, dass der Stand funktioniert. Letztlich zählt die Kampagne auf die LINKEN bei der Umsetzung des Vergesellschaftungsgesetzes.

Kilian, Danke dir für deine Zeit

(Das Interview führte Fabian Nehring.)

Aus dem Abgeordnetenhaus

Der Countdown läuft – für bessere Pflege und guten Lohn

8397 Unterschriften haben organisierte Beschäftigte an den Krankenhäusern von Charité und Vivantes gesammelt und an die Gesundheitssenatorin und uns Abgeordnete übergeben – eine Mehrheit des Pflege- und sonstigen Personals. Einen Tarifvertrag für mehr Pflegepersonal und TVöD für die sonstigen Dienstleistungen bei den Tochterfirmen lauten die erklärten Ziele. Mit der Unterschriftenübergabe startete bei einer großen Kundgebung ein 100-Tage-Ultimatum bis zur Abgeordnetenhauswahl.

Die Forderungen sollen bis zum 26. September umgesetzt werden, die Unternehmen an den Verhandlungstisch kommen, ansonsten wird gestreikt. Für DIE LINKE habe ich unseren Einsatz für diese Ziele zugesagt und bin auch zuversichtlich, dass wir vorankommen. In der Pandemie wurde noch einmal besonders deutlich, wie existenziell unsere Krankenhäuser für das Gemeinwohl sind. Und wie dramatisch sich der Mangel an Fachkräften auswirken kann.

Dieser Pflegenotstand ist hausgemacht. Seit der Einführung der fallbezogenen Finanzierung der Krankenhäuser wurde die Pflege zum Sparposten. Viele Fachkräfte verlassen wegen der Unterbesetzung auf den Stationen irgendwann völlig ausgebrannt den Beruf. Und selbst von den Auszubildenden verabschieden sich Mehrheiten bereits während

der Ausbildung. Nur ein kleiner Teil kommt nach dem Examen im Beruf an und bleibt dann auch dort. Dieser Umstand bestürzt umso mehr, als die Krankenpfleger:innen selbst eigentlich hoch motiviert sind und an dieser Situation verzweifeln, weil sie ihren Patient:innen nicht gerecht werden können. Der Teufelskreis aus Überlastung und Überforderung auf der einen und dem Mangel an Fachkräften auf der anderen Seite muss durchbrochen werden. Und die öffentlichen Häuser sollten hier den Standard setzen.

Aktuell ist die Debatte um die Krankenhausfinanzierung im Umbruch. Auch in der

Bundespolitik ist aufgefallen, dass die Fallpauschalen kein adäquates Finanzierungsmodell sein können. Auch die Feuerwehr würde man nicht nach der Anzahl der Brände finanzieren. Sie muss einfach da sein, wenn man sie braucht. Die Pflege ist denn auch bereits aus den Fallpauschalen herausgenommen. Jede zusätzliche Pflegekraft wird aktuell durch die Kassen finanziert. Diese Chance sollte genutzt werden.

Wir werden in der Koalition darum kämpfen, durch schnelle Verhandlungen über einen Tarifvertrag Entlastung zu bekommen. Die Zeit ist reif. **Tobias Schulze, MdA**

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449

Bus 142 Kiautschoustraße,
S- und U-Bahnhof Wedding,
U-Bahnhof Amrummer Straße

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
10 – 16 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.
buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Während der Öffnungszeiten
telefonisch erreichbar.

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und

an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.



BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mietenberatung
Do 16.30-18 Uhr: 10. Juni 2021

Das ist das Letzte

Wenn ich an der Schloss-Attrappe vorbei komme, packt mich neuerdings eine gewisse Ehrfurcht. Nicht wegen der Majestäten, die dort stolzierten. Vor den meisten konnte man kaum den Hut ziehen. Da reichte es, den Kopf zu schütteln. Doch nun sind da 500.000 überseeische Kunstschatze aus den Museen für Völkerkunde eingelagert und ausgestellt. Teils „Beute“ der kolonialen „Schutztruppen“, teils Erbe von Sammlern, teils Trophäen bei Auktionen oder getauscht gegen Glasperlen und Schnaps. Aber viele Objekte sind wahre Heiligtümer jener ausgeplünderten Völker! Geschnitzt aus Tropenholz und geformt aus Bronze mit viel Geschick und Würde im Vermächtnis der Ahnen und Götter.

Jede Weltmacht hatte um 1900 ihr Kolonialreich. 72 Prozent der Erdoberfläche und 69 Prozent der Bevölkerung standen unter Fremdherrschaft. Nur Deutschland kam zu spät und war umso rabiater. Der Kaiser schickte eine Eingreiftruppe nach China, um einen Aufstand niederzuschlagen mit dem Ruf: „Pardon wird nicht gegeben! Kein Chinese darf wagen, die Deutschen auch nur scheinbar anzusehen!“ Höhepunkt war der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika, wo 100.000 Hereros und Nama in die Wüste und damit in einen qualvollen Tod der Männer, Frauen und Kinder gejagt wurden.

Die jahrelangen Verhandlungen über eine Wiedergutmachung liefen ohne Beteiligung der Opferverbände. Die fordern Entschädigung mit Land und Geld für die Nachfahren. Aber Deutschland windet sich und schickt eine Investitionshilfe an die Regierung. Riecht das nicht nach Neokolonialismus? Sollte Außenminister Maas so ähnlich denken wie sein Kollege von Bülow zur Kaiserzeit: „Wir verlangen auch einen Platz an der Sonne!“? Bei den Nachkommen in Namibia wird wohl das Wenigste angekommen. Deren Vertreter sagten, dass es keine Entschädigung sei, wenn sie nun als Touristen mal einen Blick auf ihre ehrbarsten Kunstwerke werfen dürfen.

Ach hätten die Namibier doch den Mut und das Geld, um mit 100.000 Hinterbliebenen zur Eröffnung der Ausstellung nach Berlin zu kommen und ihre Tipis für eine Woche rings um das Schloss aufzubauen!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.05.2021

Ausgabetag für Nr. 07/08 2021 - 01.07.2021

Vor 80 Jahren ... und AKKs „gute Tradition der deutschen Außenpolitik“

„Als sich Sinzow und Mascha erkundigen wollten“, schreibt Konstantin Simonow in seinem Roman „Die Lebenden und die Toten“, „ob es auf dem Markt Obst und Tomaten gäbe, übertönte die heisere Stimme des Lautsprechers, die über den

Kriegsgefangenen einen notwendigen Zuschuss an Arbeitskraft darstellen, in ihrem gegenwärtigen Zustand aber nicht arbeiten können...“. Der Generalquartiermeister dazu: „Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenlagern haben zu verhungern“.



Ehrung für die gefallenen Sowjetsoldaten im Tiergarten

ganzen Platz schallte, ihre Worte. Sie verkündete den Ausbruch des Krieges, und mit einem Schlag zerfiel das Leben in zwei Teile, zwischen denen es keine Verbindung gab: in den, der noch vor einer Minute, vor dem Krieg, ihr Leben bedeutete, und in jenen, der die Gegenwart bildete.“

Das war am 22. Juni 1941. Unser kürzlich leider verstorbener Genosse Professor Moritz Mebel, als Kind 1932 aus Erfurt in die Sowjetunion emigriert, meldete sich 18-jährig freiwillig und kämpfte bis zum Kriegsende in der Roten Armee gegen die Nazis. In einem Interview sagte er: „Ich habe das Grauen gesehen, das die Nazis über die Sowjetunion gebracht haben. Ich habe von den Deutschen ermordete Kinder gesehen, die sie in einen Ziehbrunnen geworfen hatten, und niedergebrannte Dörfer, in denen nur wenige Bewohner überlebt haben“.

Die extreme Grausamkeit der deutschen Kriegsführung in der SU war gewollt. Im Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich vom 9. November 1941 über Transporte sowjetischer Kriegsgefangener in die KZs hieß es: „Seitens des Chefs der Heeresgruppe Mitte wird die Frage der Ernährung der Kriegsgefangenen angeschnitten“. Es wird „darauf hingewiesen, dass die

Solche Befehle an die faschistischen Truppen wurden skrupellos befolgt. Es ist unerhört, dass in Anbetracht all dieser Verbrechen die Ministerin AKK im Bundestag wünschte, mit Russland „aus einer Position der Stärke heraus“ zu verhandeln, weil das „immer eine gute Tradition der deutschen Außenpolitik“ gewesen sei. Tagtäglich wird Hass gegen Russland produziert. Das ist psychologische Kriegsvorbereitung und das muss aufhören!

Ellen Brombacher

Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag!

- Zum 94. Vera Tenner
- Zum 91. Friederun Fessen, Erika Präg
- Zum 89. Günther Behncke
- Zum 88. Günter Herlt, Hasso Schlieffe
- Zum 86. Hans Lindenau, Joachim Fischer
- Zum 85. Gretchen Binus, Siegfried Rastig
- Zum 84. Erika Rohde
- Zum 83. Loretta Basela-Kensy, Karl Schwarz
- Zum 80. Renate König, Klaus-Dieter Ernst, Jürgen Rummel, Manfred Wettler
- Zum 70. Ilona Alber, Wolfgang Sieber, Arslan Yilmaz
- Zum 65. Petra Schrader